

Pressemitteilung zur bundesweiten Öffentlichkeitskampagne der Zahnärzteschaft zum GKV-Finanzstabilisierungsgesetz

## **„Zähne zeigen“ für eine präventionsorientierte Patientenversorgung**

### **Kampagne der Kassenzahnärzte mobilisiert Praxen, Patientinnen und Patienten**

*Frankfurt am Main, 1. Juni 2023.* Im November des vergangenen Jahres trat das sogenannte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz in Kraft. Ziel war es, die wachsenden Finanzlöcher in der gesetzlichen Krankenversicherung zu stopfen. Dies droht jedoch auf Kosten der Gesundheit der Patientinnen und Patienten zu gehen: Durch das Gesetz stehen weniger Mittel für zahnärztliche Leistungen zur Verfügung. Besonders betroffen ist die im Juli 2021 nach langjähriger Vorarbeit in die Patientenversorgung eingeführte präventionsorientierte und wissenschaftlich basierte Therapie der Parodontitis.

Bei der Volkskrankheit „Parodontitis“ handelt es sich um eine schwerwiegende Erkrankung des Zahnhalteapparates, der die Kieferknochen mit den Zähnen verbindet. Doch die Parodontitis ist nicht nur die Hauptursache für den Verlust von Zähnen bei Erwachsenen. Vielmehr steht sie gemäß internationaler Forschungsergebnisse in Verbindung mit schwerwiegenden Erkrankungen wie Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und anderen chronischen Leiden. Allein in Deutschland sind aktuell rund 30 Millionen Patientinnen und Patienten von dieser Volkskrankheit betroffen.

Der Rotstift von Gesundheitsminister Lauterbach bedroht aber auch auf andere Weise die zahnärztliche Patientenversorgung: Die durch das Gesetz geschaffene Beschränkung der Mittel im Rahmen der wieder eingeführten versorgungsfeindlichen Budgetierung zahnärztlicher Leistungen wird die aufgrund von zunehmender Inflation und steigender Betriebskosten bereits schwierige Lage vieler Zahnarztpraxen vor allem auf dem Land deutlich verschärfen. Drohende Folgen sind zunehmende Praxisschließungen, gleichzeitig werden Neugründungen erschwert.

„Die Gesetzgebung der vergangenen Jahre hat die Bedingungen für die zahnmedizinische Versorgung kontinuierlich erschwert. Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz verschärft diese Lage massiv. Wir möchten unseren Patientinnen und Patienten auch in Zukunft eine hochwertige, präventionsorientierte und wohnortnahe Behandlung anbieten können. Deshalb werden wir eine Verschlechterung der Versorgungsbedingungen im Interesse unserer Patientinnen und Patienten nicht hinnehmen“, erklärt Stephan Allroggen, Vorsitzender des Vorstandes der KZV Hessen.

### **Mit einem Klick zum Protest**

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) ruft deshalb zum Protest auf und macht mit der bundesweiten Kampagne „Zähne zeigen“ in den nächsten Monaten auf diese Problematik aufmerksam.

Zentrale Anlaufstelle der Kampagne „Zähne zeigen!“ ist dabei die Website [zaehnezeigen.info](https://zaehnezeigen.info), auf der sich Patientinnen und Patienten ebenso wie Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter über die drohenden Folgen für die Patientenversorgung informieren können. Zudem ruft die Webseite Patientinnen und Patienten dazu auf, sich in den nächsten Wochen und Monaten direkt an ihre regionalen Abgeordneten und politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf Landes- und Bundesebene zu wenden. So soll darauf

hingewiesen werden, dass die Kostendämpfungspolitik der Patientenversorgung schadet und ein Ende finden muss.

Wer in den nächsten Wochen einen Termin bei seiner Zahnärztin oder seinem Zahnarzt hat, wird viele Poster, Postkarten, Praxisaufsteller und Buttons bemerken, die mit Slogans wie „Diagnose Sparodontose“, „Versorgung örtlich betäubt“ oder „Von dieser Gesundheitspolitik bekommt man Zahnfleischbluten, Herr Lauterbach“ auf die aktuellen Versorgungsprobleme hinweisen. Und wer dann sein Handy zückt und auf einen der zahlreichen QR-Codes klickt, landet direkt auf der Kampagnenwebsite.

Flankiert werden diese Maßnahmen zusätzlich von Social-Media-Aktionen auf Twitter und Instagram, bei denen unter dem Hashtag #zähnezeigen Bilder von Gebissen aufmerken lassen und auf die Aktion hinweisen.

### **Bildmaterial:**



*Stephan Allroggen, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen  
– Foto: Puchmüller/KZV Hessen*

Hochaufgelöste Bildmotive abrufbar unter [www.kzvh.de](http://www.kzvh.de) -> **Presse** -> **Bildarchiv**, Direkter Link: <https://www.kzvh.de/presse/bildarchiv/index.html>



### **Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen**

Mit rund 4.800 Zahnärztinnen und Zahnärzten als Mitgliedern stellt die KZV Hessen eine patientenorientierte, qualitativ hochwertige zahnärztliche Versorgung sicher. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfüllt sie die ihr vom Gesetzgeber im Sozialgesetzbuch V übertragene Aufgabe der Sicherstellung im Sinne einer ausreichenden, zweckmäßigen und wirtschaftlichen vertragszahnärztlichen Versorgung. Das schließt auch den zahnärztlichen Notdienst in Hessen ein. Hauptsitz der KZV Hessen ist Frankfurt am Main, eine Außenstelle gibt es in Kassel.

Die KZV Hessen ist als modernes Dienstleistungsunternehmen ihren Mitgliedern wie auch den Patienten und Patientinnen verpflichtet. Sie sorgt für eine zeitnahe Honorierung ihrer Mitglieder und ist kompetente Ratgeberin rund um die Abrechnung. Darüber hinaus berät sie auch in Fragen des Vertragszahnarztrechts und des Sozialrechts. Zur Unterstützung und Fortbildung ihrer Mitglieder organisiert die KZV Hessen Seminare und Workshops. Weitere Aufgabenbereiche sind die Überprüfung der Abrechnung auf sachlich-rechnerische Richtigkeit, die Kontrolle der Einhaltung der Pflichten der Vertragszahnärzte und -zahnärztinnen sowie die Qualitätssicherung. Mit Publikationen wendet sich die KZV Hessen zur Verbesserung der Mundgesundheit auch direkt an die Bürgerinnen und Bürger.

Pressekontakt:

KZV Hessen, Anna Cathrina Guterstam, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Tel. 069 6607-421, Fax -388, Mail [presse@kzvh.de](mailto:presse@kzvh.de)